

II-6616 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

~~Republik Österreich~~  
Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

29021AF  
1992 -07- 09  
2974 13

Wien, am 8. Juli 1992  
GZ: 10.101/237-X/A/5a/92

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2974/J betreffend Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz, welche die Abgeordneten Mag. Peter, Haigermoser, Böhacker und Haller am 14. Mai 1992 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Weshalb haben Sie im November 1991 der Regierungsvorlage des APSC im Ministerrat zugestimmt, obwohl sie für die Unternehmen durch den langen Kündigungsschutz für Zeitsoldaten und die Pflicht, Dienstwohnungen weiter zu Verfügung zu stellen, eine unzumutbare und sachlich nicht rechtfertigbare Belastung enthält?

Antwort:

Der Ministerrat verabschiedete im Zuge einer Paketlösung die Regierungsvorlage des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes um diese

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 2 -

Regierungsvorlage dem Parlament zuzuleiten. Den Abgeordneten wäre es daher möglich gewesen, im Zuge der parlamentarischen Beratungen entsprechende Abänderungen zu beschließen.

Punkte 2 und 3 der Anfrage:

Werden Sie sich gegenüber dem Bundesminister für Arbeit und Soziales dafür einsetzen, daß diese Bestimmung ehestmöglich revidiert wird?

Wenn nein, wie rechtfertigen Sie diese Haltung gegenüber den betroffenen österreichischen Wirtschaftstreibenden?

Antwort:

Ich werde mit dem Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales zwecks Aufnahme von Verhandlungen zur Revidierung der in Kritik gezogenen Bestimmungen in Kontakt treten.

